

LANDTAGSWAHL

Es geht um
unser Land

WIRTSCHAFTSTALK

Lindner und
Thelen machen
Lust auf Zukunft

SICHERHEIT

Fehler im Fall
Amri aufklären

NRW zum modernsten Bundesland machen

Interview mit Dr. Joachim Stamp, Nummer zwei der FDP-Landesliste zur Landtagswahl
und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion



CHRISTOF RASCHE,
Parlamentarischer
Geschäftsführer
der FDP-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Grünen zeigen kurz vor dem Ende ihrer Regierungszeit in NRW ihr wahres Gesicht. Ihr Feldzug gegen den Verkehrsträger Straße hat nun auch öffentlich begonnen. Das ist nicht überraschend. Aber die Auswirkungen dieser ideologischen Politik wären eine enorme Belastung – für Pendler, Handwerker, den Wirtschaftsstandort NRW und alle Menschen, die sich nicht mal eben ein neues Auto leisten können. Erst forderten die Grünen ein „Autofasten“ bis zur Osterzeit, dann schloss sich der grüne NRW-Umweltminister postwendend der Forderung nach einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge an. Statt reflexhaft Verbote durchzuboxen, müssen erst alle anderen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Derart drastische Maßnahmen dürfen nur die ultima ratio sein, weil manches Unternehmen vor existenzbedrohende Herausforderungen gestellt würde. Dass der NRW-Wirtschaftsminister Ausnahmen für das Handwerk angekündigt hat, ist wenig beruhigend. Da er weder zur Wahl steht, noch eine feste Rolle in der Landespolitik spielt und Rot-Grün laut allen Umfragen in NRW nach der Wahl am 14. Mai Geschichte ist.

Für die FDP ist die Zukunftsfähigkeit von Handwerk und Mittelstand dagegen ein echtes Herzensanliegen. Ein toller Erfolg war die Enquete-Kommission des Landtags unter Vorsitz der FDP-Fraktion, bei der wichtige Handlungsempfehlungen für die Zukunft des Handwerks von Politik und Experten getroffen wurden. Den Dialog mit dem Handwerk haben wir intensiviert. Und auch mit einem anderen Teil der Wirtschaft – den Gründern – steht die FDP im regen Austausch. Wie Zukunft gestaltet werden kann, dazu gaben Christian Lindner und Startup-Gründer Frank Thelen beim Wirtschaftstalk einen Ausblick. Die beiden haben als Mutmacher nicht nur die 300 Gäste vor Ort, sondern auch tausende Zuschauer im Netz begeistert.

Bleiben auch Sie mit uns im Gespräch. Wir freuen uns über Ihre Anregungen und Meinung. Wir haben Lust auf Zukunft und wollen, dass diese nach dem 14. Mai auch für unser Bundesland wieder voller Chancen ist.

Ihr

Christof Rasche



christof-rasche.de



[facebook.com/
ChristofRasche](https://facebook.com/ChristofRasche)



[twitter.com/
Chris_Rasche](https://twitter.com/Chris_Rasche)



**Sie können das liberal.nrw
auch online lesen!
Besuchen Sie dazu einfach:
issuu.com/liberal-nrw**



„Wir wollen NRW zum modernsten Bundesland machen“

INTERVIEW Joachim Stamp ist stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und Nummer zwei auf der Landesliste der FDP NRW zur Landtagswahl. Im Interview erklärt Stamp, warum der Untersuchungsausschuss im Fall Amri wichtig ist, wie die Inklusion gelingen könnte und warum die FDP kategorisch eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen ausschließt.

Sie vertreten die FDP im Untersuchungsausschuss zum Fall Amri. Kann der Ausschuss in der kurzen Zeit bis Mitte Mai noch Ergebnisse erzielen?

Wir sind zwar skeptisch, aber für uns ist klar: Wir müssen es versuchen. Innenminister Jäger verhindert jede Fehleranalyse, indem er einfach jegliche Verantwortung ablehnt. Das ist unverantwortlich. Wir fordern seinen Rücktritt – nicht weil Fehler gemacht worden sind, sondern weil er nicht bereit ist, diese Fehler anzuerkennen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Welche Fehler stehen denn im Raum?

Man hätte Anis Amri in Haft nehmen können. Dafür hätte es Möglichkeiten gegeben, etwa Untersuchungs- oder Abschiebehaft. Darüber hinaus hätte man harte Meldeauflagen erteilen können, oder ein Telekommunikations- und Internetverbot verhängen können. Wenn der Innenminister flapsig meint, das hätte er schon bei seinem 12-jährigen Sohn mal probiert, dann zeigt das nur, dass er dem Amt nicht charakterlich gewachsen ist. Herr Jäger hat gesagt, die Behörden wären bis an die Grenze des

Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW und die Nummer zwei der FDP-Liste zur Landtagswahl

Rechtsstaats gegangen. Das ist ganz offensichtlich falsch und schwächt die Akzeptanz des Rechtsstaats.

Die Innenpolitik war schon vorher eine Achillesferse der Landesregierung.

Ja, ich habe für die FDP bereits im Oktober 2014 im Innenausschuss angesprochen, dass es massive Probleme in den Flüchtlingseinrichtungen mit alleinreisenden Männern, speziell aus den Maghreb-Staaten, gibt. Ich habe das auch beim Flüchtlingsgipfel vor dem gesamten Kabinett wiederholt. Wir haben schon damals repressive und präventive Maßnahmen gefordert. Die Regierung hat nur gesagt, man mache dazu jetzt 'runde Tische' – was daraus geworden ist, haben wir dann leider Silvester 2015 in Köln erleben müssen. Ähnliches war bei der Hogesa-Ausschreitung. Wir haben im Ausschuss vorher gefragt, ob das Land auf eine solche Mischung aus Nazis und Kriminellen vorbereitet ist. Das

Innenministerium hat gesagt, man sei bestens vorbereitet – danach waren 50 Polizeibeamte im Krankenhaus. Unsere Beamten haben einen anderen Innenminister verdient.

Was wären Maßnahmen liberaler Innenpolitik?

Nicht neue Gesetze fangen Verbrecher, sondern gut ausgestattete Polizisten. Wir schreien nicht ständig nach neuen Gesetzen. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab, wollen wir aber an Schwerpunkten einsetzen. Was wirklich hilft, ist mehr Polizei auf die Straße zu bekommen. Wir müssen unsere Polizei von Bürokratie befreien und sollten auch Realschülern wieder den Weg in den Polizeidienst eröffnen. Wir brauchen einen deutlichen Aufwuchs an Stellen, deutschlandweit etwa 15.000 neue Polizisten.

Bei welchen Themen greifen die Freien Demokraten noch an?

Wir wollen beste Bildung in NRW. Und deswegen muss die ideologische Schulpolitik von Frau Löhrmann beendet werden. Ihre systematische Benachteiligung von erfolgreichen Schulformen, wie unseren Gymnasien und Realschulen darf nicht fortgesetzt werden. Sie hat fast sieben Jahre lang das G8 bewusst gegen die Wand laufen lassen. Sie will die Gesamtschulen stärken, die ein G9 anbieten. Die Schwierigkeiten beim G8 sollten das Aufbauprogramm für die G9-Gesamtschulen sein. Wir nehmen die Sorgen von Schülern, Eltern und Lehrern ernst. Wir wollen die Schulen vor Ort stärken und entscheiden lassen. Wo das G8 wegen des Einsatzes der Schulen schon funktioniert, wollen wir keinen Zwang zur Rückabwicklung. Wir wollen den Schulen Auswahl geben: Entweder sie können einen G8- und einen G9-Zweig anbieten. Oder da, wo es wirklich hakt, wollen wir die Möglichkeit für die Rückkehr zu G9 geben.

Wie stehen Sie zur Inklusion?

Die grüne Ideologie hat dem guten Grundgedanken der Inklusion geschadet.



JOACHIM STAMP wurde 1970 geboren und studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Religionswissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. 2011 promovierte er. Seit 2006 gehört Stamp dem Vorstand der FDP NRW an. Von 2010 bis 2012 war er Generalsekretär des Landesverbands. Seit 2012 ist er Bundesvorstandsmitglied und wurde in den Landtag von NRW gewählt. Er ist integrationspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion sowie ihr stellvertretender Vorsitzender. 2017 kandidiert Joachim Stamp auf Platz 2 der FDP-Landesliste für den Landtag.

det. Es soll mehr Begegnungen und Austausch zwischen Kindern mit und ohne Handicap geben. Aber der überzogene Rechtsanspruch und das hohe Tempo ohne Vorbereitung der Klassen sind eine Katastrophe. Darunter leidet der allgemeine Unterricht – und die Kinder mit Handicap erst Recht. Wir bekommen auch von Sonderpädagogen aus dem Land geschildert, dass sie und die Lehrer vor Ort völlig mit der Situation überfordert sind. Und ich habe selbst erlebt, dass in Veranstaltungen weinende Eltern saßen, weil die Förderschule ihrer Kinder vor Ort geschlossen wird und den Kindern so die Chance genommen wird, ihre Defizite aufzuholen und später am regulären Unterricht teilzunehmen. Wir wollen Inklusion mit verbindlichen Standards, die Kinder mit und ohne Handicap schützen. Wir wollen insgesamt mehr Schulfreiheit ermöglichen und dass Schulen sich zu Schulverbänden zusammenschließen können. Da wären dann auch Förderschulen integriert. So könnte man Begegnungen zwischen allen Kindern sicherstellen und dort wo es sinnvoll ist die Kooperation entsprechen vorantreiben. Die grüne Zwangsschablone aus ideologischen Gründen schadet den Kindern.

Beim Wirtschaftswachstum schneidet NRW schlecht ab. Was würde die FDP tun?

Auch hier geht es um eine Entideologisierung der Landespolitik. Umweltminister Rimmel erstickt den Standort ja

regelrecht mit überzogenen Auflagen. Bei Vorgaben aus EU und Bund wird in NRW immer ein Bündel an Extra-Maßnahmen oben draufgepackt. Herr Rimmels regelrecht missionarischer Eifer, in NRW das Weltklima zu retten, ist eine reine Utopie, die dazu führt, dass Unternehmen einen Bogen um unser Land machen. Das können wir uns mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Arbeitsplätze nicht leisten. Wir müssen endlich die völlig außer Kontrolle geratene Landesbürokratie abbauen. Der Landesentwicklungsplan und das Tariftruegesetz sind echte Entwicklungsbremsen. Wir wollen das ändern und die Bürokratiedichte senken – gerade auch für Gründer, die neue Ideen in NRW großmachen wollen. Wir wollen ein bürokratiefreies Gründerjahr. Das heißt: Nach der Anmeldung des Gewerbes soll der Gründer erstmal Zeit für sein Projekt haben und nicht in Formularen untergehen. Wir wollen NRW zum modernsten Bundesland machen.

Mit welchem Partner oder welchen Partnern könnte die FDP ihre Punkte umsetzen?

Wir stehen für eine Ampel nicht zur Verfügung, weil wir die rot-grüne Politik nicht verlängern wollen. Nicht jetzt, nicht nach der Landtagswahl und auch nicht nach der Bundestagswahl. Ansonsten ist für uns entscheidend, dass wir hinreichend viele liberale Projekte umsetzen können. Wenn das nicht möglich ist, gehen wir in die Opposition. ■



[facebook.com/
drjoachimstamp](https://facebook.com/drjoachimstamp)



[twitter.com/
joachimstamp](https://twitter.com/joachimstamp)

Finanzierung der eigenen vier Wände erleichtern

GRUNDERWERBSTEUER Die Wohneigentumsbildung in Deutschland stagniert. Gerade junge Familien mit mittlerem und geringerem Einkommen haben es immer schwerer, Wohneigentum zu bilden und in die eigenen vier Wände zu ziehen.

Die rot-grüne Landesregierung hat die Grunderwerbsteuer mit einer Anhebung von 3,5 Prozent auf 6,5 Prozent fast verdoppelt. Auch andere Länder haben weiter an der Steuerschraube gedreht. Seit dem Jahr 1990 ist bundesweit die Eigentumsquote der schwächsten Einkommensgruppe von 25 Prozent auf nur noch 17 Prozent im Jahr 2014 gesunken. Die FDP will gegensteuern, und mehr Eigentum ermöglichen. „Möglichst jeder soll sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen können“, erklärt der baupolitische Sprecher der Fraktion Holger Ellerbrock. Dazu soll die Grunderwerbsteuer reformiert werden. Für den Kauf einer selbst genutzten Immobilie soll ein Freibetrag von 500.000 Euro eingeführt werden.

„Eigentum ist Ausdruck individueller Freiheit und Eigenverantwortung. Deshalb wollen wir lieber mehr als weniger Eigentum ermöglichen. Es



Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz:
bit.ly/2ms4bDS

ist inakzeptabel, jungen Familien mit einer Art Strafsteuer den Erwerb einer selbst genutzten Wohnimmobilie zu erschweren. In fast allen europäischen Ländern um uns herum sind die Kaufnebenkosten geringer“, erklärt Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion. Zudem ist Eigentum eine wichtige Säule der Altersvorsorge.

„Angesichts niedriger Zinsen müsste es den Menschen eigentlich leichter fallen, Eigentum zu bilden. Das ist aber nicht der Fall, weil die Kaufnebenkosten seit Jahren steigen. Besonders die von einigen Ländern in wenigen Jahren fast verdoppelte Grunderwerbsteuer ist eine große Belastung für die Finanzierung des Eigenheims“, sagt Prof. Dr. Michael Voigtländer vom IW Köln. Der Wissenschaftler hat im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der FDP eine Studie zur Grunderwerbsteuer erstellt. Die Einnahmen des

Staates aus der Grunderwerbsteuer haben sich demnach in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Dieser Effekt ist in NRW besonders massiv zu spüren. „In NRW haben sich die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer seit rot-grünem Amtsantritt 2010 bis 2016 sogar verdreifacht“, erklärt Ralf Witzel, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. „Das Land NRW hat durch die massive Steuererhöhung bislang deutlich mehr Geld eingenommen als dies zur Begründung der Grunderwerbsteueranhebung vom Finanzminister kommuniziert worden ist. Es besteht hier nicht nur Entlastungsbedarf, sondern auch ein Entlastungsspielraum.“ Ellerbrock: „Statt Menschen zu den eigenen vier Wänden zu verhelfen, legen SPD, CDU und Grünen ihnen in NRW Steine in den Weg.“

Die Freien Demokraten schlagen vor, dass es den Bundesländern ermöglicht wird, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen. Beim Kauf einer selbst genutzten Immobilie sollen Käufer demnach bis zu einem Kaufpreis von 500.000 Euro keine Grunderwerbsteuer mehr zahlen. Beim Erwerb einer Immobilie zum Preis von 400.000 Euro würde der Freibetrag in einem Bundesland mit 6,5 Prozent Grunderwerbsteuer zu einer Entlastung der Käufer in Höhe von 26.000 Euro führen. ■

Freibetrag auf Grunderwerbsteuer.

Wenn sich Menschen etwas aufbauen wollen, darf der Staat ihnen keine Steine in den Weg legen.

ES GEHT UM UNSER LAND.

WAHLKAMPF Anfang Februar haben die Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen ihre Kampagne zur Landtagswahl 2017 vorgestellt. „Für uns ist klar: Es geht bei der kommenden Wahl nicht um Parteien oder um einzelne Personen, sondern es geht um unser Land“, erklärt der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel.

**Freie
Demokraten**
FDP

Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur – überall liege Nordrhein-Westfalen hinten. Für die Menschen bedeute das jeden Tag gestohlene Lebenszeit und weniger Chancen. „Da setzen wir an. Wir wollen NRW zum modernsten Bundesland machen und den Menschen wieder mehr Chancen ermöglichen“, so Vogel. Deswegen sei „Es geht um unser Land“ das Motto der FDP-Kampagne.

Die rot-grüne Landesregierung hat weder Plan noch Ehrgeiz, das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands wieder nach vorne zu bringen. Die Reaktion der Freidemokraten fällt deutlich aus: Die Großfläche mit der Botschaft „Nichtstun ist Machtmissbrauch“ steht als erste ab Anfang April im ganzen Land. Der Tatendrang und die Entschlossenheit der Liberalen spiegelt sich auch in den reportageartigen Bildern der Kampagne wider.

Sie zeigt den Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden Christian Lindner in Situationen seines Berufsalltags: Keine künstliche Shooting-Szenerie, sondern authentisch, echt und stets hart arbeitend für den Politikwechsel.

Um Nordrhein-Westfalen zu modernisieren, sehen die Freien Demokraten in verschiedenen Themenfeldern dringenden Handlungsbedarf. Der Einsatz für weltbeste Bildung, starke Wirtschaft, moderne Infrastruktur in Zeiten der Digitalisierung sowie sicheres Zusammenleben bestimmen inhaltlich den Wahlkampf.

So präsentieren die Freidemokraten klare Maßnahmen, damit die Kinder Nordrhein-Westfalens unter besten Voraussetzungen lernen können. „Als erstes brauchen wir ein Schulfreiheitsgesetz“, konstatiert Vogel, „die einzelne Schule weiß selbst am besten, was für ihre Schüler in Sachen Or-

ganisation, Finanzen und Pädagogik gut ist.“ Das umfasse auch die Frage, ob das Abitur nach acht oder neun Jahren erreicht wird. Außerdem wollen die Freien Demokraten, dass das Klassenzimmer 4.0 mit WLAN, Tablets und Smartboards endlich Realität wird.

Beim Wirtschaftswachstum liegt unser Bundesland hinten. Trauriger Tiefpunkt: Das Nullwachstum vor zwei Jahren. Die FDP setzt auf Leinen lösen für eine starke Wirtschaft. Vogel: „Bürokratische Hürden, die über die Regeln anderer Länder hinausgehen, müssen weg.“ Damit sich NRW zum Gründerland Nr. 1 entwickeln kann, fordern die Freidemokraten ein bürokratiefreies erstes Jahr für Gründer. „Außerdem müssen wir massiv in Infrastruktur investieren“, weiß der Generalsekretär der FDP NRW. Breitbandausbau, digitale Bürgerämter, Sanierung der Straßen



**Video zur Kampagnen-
vorstellung:**
bit.ly/2IVNCVF



**FDP-Programm zur
NRW-Landtagswahl:**
bit.ly/2k9Y17o



CHRISTIAN LINDNER

NICHTSTUN IST MACHTMISSBRAUCH.

ES GEHT UM UNSER LAND.

„Nichtstun ist Machtmissbrauch“, das erste Großflächenmotiv der Freien Demokraten im NRW-Landtagswahlkampf 2017

Hunderte neue Mitglieder

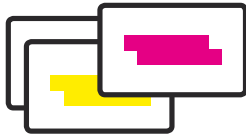
Seit bekannt ist, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD wird, verzeichnen die Sozialdemokraten überdurchschnittlich mehr Parteieintritte – den sogenannten „Schulz-Effekt“. Seine rückwärtsgewandte Agenda von mehr Staat, mehr Steuern und Regelungen mag der Sozialdemokratie Aufwind geben, mobilisiert aber auch die politischen Kräfte der Freiheit. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, einer fairen Balance zwischen Bürgern und Staat und der offenen Gesellschaft verspüren auch die Freidemokraten einen „Schulz-Effekt“. Die FDP NRW hat seit dem Wechsel in der SPD Ende Januar rund 600 neue Mitglieder aufgenommen. Im Kreisverband Düsseldorf folgten zum Beispiel allein der Einladung des Unternehmers Alexander Kenderdine 30 Menschen und traten in die FDP ein. Für die FDP NRW macht das insgesamt aktuell über zehn Neumitglieder pro Tag. In den ersten Januarwochen waren es im Schnitt drei täglich.

und Brücken sowie der Einsatz von moderner Verkehrstechnik ist die liberale Agenda, die den Menschen in NRW wertvolle Zeit spart.

Der SPD-Innenminister Jäger ist ein Sicherheitsrisiko. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich endlich wieder in jedem Winkel des Landes auf den Rechtsstaat verlassen

können. „Dazu brauchen wir mehr Personal und eine zeitgemäße Ausstattung bei der Polizei“, fordert Johannes Vogel. Außerdem will er die richtige Schwerpunktsetzung: „Bei Einbrüchen ist NRW beispielsweise schmerzliche Spitze. Doch beim Blitz-Marathon werden tausende Arbeitsstunden der Polizei vergeudet. Das kann nicht sein.“

Eine freie Gesellschaft bedeutet für die Freidemokraten beispielsweise, dass Geschäfte 24/7 selbst entscheiden können, wann sie öffnen. Außerdem setzen sie sich für ein unabhängiges und direkt gewähltes Jugendparlament mit verbindlichem Einfluss auf die Landespolitik ein. Ebenfalls im Interesse der jungen Generationen: Solide Finanzen! „Alle öffentlichen Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Außerdem muss das Schuldenverbot in NRW Verfassungsrang erhalten und um einen klaren Sanktionsmechanismus ergänzt werden“, sagt Vogel. „Unser Ziel ist eindeutig“, betont der Generalsekretär, „wir wollen drittstärkste Kraft im Land werden und den Politikwechsel einläuten. Mit dieser Kampagne, diesem Programm, unseren Kandidaten und unserem Teamgeist der über 14.000 Mitglieder gehen wir in die heiße Wahlkampfphase.“ Vogels Appell: „Packen wir es an. Es geht um unser Land!“ ■



SO VIELE GROSSFLÄCHEN-PLAKATE WIE NIE ZUVOR

Mit über 1.800 FDP-Großflächen stehen so viele wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam haben Landesverband und Untergliederungen es geschafft, hier einen klaren Schwerpunkt unserer bildstarken Kampagne mit dem Claim „Es geht um unser Land“ zu setzen. Ein Novum: Die Großflächen sind abends beleuchtet! Das erste Motiv „Nichtstun ist Machtmissbrauch“ ist ab Anfang April im ganzen Land zu sehen. Die zweite Welle folgt Mitte April, die dritte Ende April. Haben Sie ein Auge auf die wertvollen Stücke und melden Vandalismus, damit die liberalen Botschaften stets gut erkennbar sind.

PASSGENAUE ANSPRACHE VON ZIELGRUPPEN

Die passgenaue Ansprache von liberal-affinen Menschen ist eine wichtige Säule eines professionellen FDP-Wahlkampfes. Deswegen bereitet der NRW-Landesverband zielgenaue Botschaften zum Beispiel in Form von Zielgruppenbriefen für Menschen vor, für die unsere Inhalte besondere Relevanz besitzen. Es wird auch eine speziell konzipierte Briefwählerkampagne geben. Diese Vorlagen und Muster stellt die FDP NRW den Kandidaten und Gliederungen bereit. Nutzen Sie diese und stärken mit effizientem Mitteleinsatz die Stimme für die Freiheit in NRW!



ES GEHT UM UNSER LAND.

MITMACHEN Am 14. Mai wählt Nordrhein-Westfalen. Die Freien Demokraten haben ihr personelles und inhaltliches Angebot bereits im letzten November beschlossen. „Zu einem erfolgreichen Wahlkampf gehören aber nicht nur ein starkes Team und ein spannendes Programm“, weiß der Generalsekretär und Wahlkampfleiter der FDP NRW, Johannes Vogel. „Wenn wir den Politikwechsel erreichen wollen, benötigen wir auch eine gelungene Kampagne – und die lebt vom Mitwirken unserer Mitglieder“, so Vogel. Die Kampagne der NRW-Freidemokraten umfasst eine Vielzahl an Maßnahmen, bei denen jeder zum Erfolg beitragen kann.



JEDEN TAG TEILBARE INHALTE IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Die Rolle der Sozialen Medien ist in diesem Wahlkampf so groß wie nie zuvor. Für die kommenden Wochen gilt: Jeden Tag werden die Kanäle der FDP NRW auf Facebook und auf Twitter teilbare Inhalte liefern – zum Beispiel in Form von Kacheln oder Videos. Liken, teilen und kommentieren Sie fleißig mit! Außerdem steht eine Anleitung zum professionellen Bewerben von geteilten Facebook-Posts online im internen Bereich bereit. Verhelfen Sie unseren Botschaften mit Mitteleinsatz so zu noch mehr Reichweite. Die Wirkung ist nicht zu unterschätzen: Schon jetzt erreicht die FDP NRW wöchentlich rund eine Million Menschen mit ihren Postings. Aber: Da ist noch Luft nach oben, wenn wir gemeinsam daran arbeiten!

UMFANGREICHER KANDIDATENSERVICE – ARGULINER UND MEHR

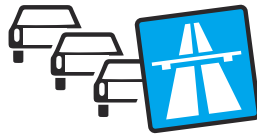
Die Protagonisten des Wahlkampfes sind die vielen Kandidatinnen und Kandidaten, die an vorderster Front für die liberalen Inhalte streiten. Deswegen werden sie vom Landesverband besonders unterstützt. Schon seit Februar konnten Kandidatenflyer und –plakate und weitere Werbemittel bestellt werden. Für den inhaltlichen Rückhalt stehen Arguliner zu allen Wahlkampfthemen parat. Diese und viele andere Unterstützungsangebote gibt es online. Es wurde extra ein neuer „interner Bereich“ für alle aktiven Mitglieder angelegt. Dort finden Sie Nützliches und stets Neues rundum den Wahlkampf. Melden Sie sich an und schauen sich um: Es lohnt sich!

GROSSVERANSTALTUNGEN IN JEDEM BEZIRK – ZWEIMAL!

Der FDP-Landesverband NRW organisiert flächendeckend große Wahlkampfevents im ganzen Land. Diese gliedern sich in zwei Phasen: Die erste Phase startet noch vor den Osterferien. Der Landesparteitag am 2. April in Hamm bildet den Auftakt, acht weitere Indoor-Veranstaltungen in jedem Bezirk folgen. Nach den Osterferien ist die FDP NRW dann wieder in jedem Bezirk mit einer Großveranstaltung vor Ort, bis zur Abschlusskundgebung am 13. Mai in Düsseldorf. All diese Veranstaltungen der zweiten Phase werden outdoor stattfinden – außer der Sonder-Landesparteitag am 11. Mai. Kommen Sie vorbei – aber nicht allein! Bringen Sie Familie und Freunde mit. Alle Orte und Details gibt es auf www.fdp.nrw/termine

JUNGE LIBERALE UND FREIE DEMOKRATEN ON TOUR

Die Jungen Liberalen und Freien Demokraten NRW gehen gemeinsam auf Wahlkampftour im ganzen Land. Vom 22. April bis 13. Mai 2017 besucht ein Wahlkampfbus mit Einsatzteam und tollen Features die Kreisverbände und unterstützt die dortigen Parteifreunde bei ihren Aktionen. Ob Stadtfest oder Festival – halten Sie Ausschau nach dem Bus von JuLis und FDP, um die Wahlkampfaktivitäten zu unterstützen. Alle Orte gibt es auf www.fdp.nrw/termine



AKTIONSTAG VERKEHR: „FAHREN STATT WARTEN“ – UNBEDINGT MITMACHEN!

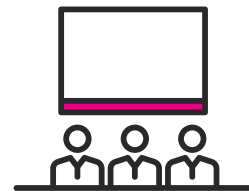
Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nummer eins. Das wollen wir ändern! Am 24. April findet unser landesweiter Aktionstag zum Thema Verkehr statt. Das Motto: Fahren statt warten. Der Landesverband bereitet unter anderem Werbemittel zu einem Staufrühstück vor, die beim Landesparteitag am 02. April vorgestellt werden und ab dann bestellt werden können. Machen Sie bei diesem Aktionstag unbedingt mit – wir wollen damit ein zentrales Thema ins ganze Land tragen und gemeinsam in den Wahlkampf-Endspurt nach den Osterferien starten! Zeigen wir den staugeplagten Bürgern Nordrhein-Westfalens, wo am 14. Mai das Kreuz für fließenden Verkehr zu setzen ist.

BUNDESWEITER AKTIONSTAG IN BONN

Seit 2015 beweisen die Freidemokraten bundesweites Teamplay: Wenn sich ein Landesverband im Wahlkampf befindet, kommen an mindestens einem Tag Parteifreunde aus der ganzen Republik vorbei, um zu unterstützen. So war die FDP NRW selbst schon in Hamburg, Bremen oder Schwerin im Einsatz. Dieses Mal kommen die motivierten Wahlkämpfer nach NRW: Am 06. Mai findet ein bundesweiter Aktionstag in Bonn statt. Vormerken! Und vor allem: Vorbeikommen! An dem Tag werden aufgrund eines Volksfestes viele Wählerinnen und Wähler in der Stadt sein, der Wahlkampf lohnt besonders.

SPOT FÜR DIE KINOS NORDRHEIN-WESTFALENS

Analysen zeigen klar: Kinowerbung ist ein effektives Mittel um FDP-affine Zielgruppen anzusprechen. Um diese Chance zu nutzen, produziert die FDP NRW einen 90-sekündigen Kinospot. Wenn er in den Kinos Ihres Kreises gezeigt werden soll, buchen Sie Werbezeit bitte bis spätestens 10. April. Melden Sie sich für Details jederzeit gerne in der Landesgeschäftsstelle. Planen Sie hierfür wenn möglich auf jeden Fall Budget ein!



MONTAGSLAGE LESEN!

Seit Februar erhalten per Mail alle Mitglieder die „Montagslage“, den Wahlkampfnewsletter der FDP NRW. Dieser hält die Freidemokraten des Landes bis zum 14. Mai auf dem Laufenden: Was ist die nächste Veranstaltung? Gibt es neue Angebote oder Vorlagen? Wie kann ich in den kommenden sieben Tagen meinen Beitrag zum Politikwechsel leisten? Nehmen Sie sich zu Beginn jeder Woche die wenigen Minuten, die Montagslage aufmerksam zu lesen und prüfen, wie Sie mitmachen können. Das macht uns im Wahlkampf noch schlagkräftiger und zahlt sich am Wahltag aus!





Topfit in den Wahlkampf

SKILLCAMP Zum dritten Mal trafen sich die Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen, um sich in moderner Partei-Arbeit weiterzubilden. Beim diesmaligen Skill Camp handelte es sich um eine Wahlkampf-Edition. So standen nicht nur Fertigkeiten, sondern auch landespolitische Inhalte sowie deren professionelle Kommunikation im Fokus.

Schon nach der dritten Auflage hat sich das Skill Camp fest im Veranstaltungskalender der FDP NRW etabliert. Mit rund 200 Besuchern konnte Mitte März in Düsseldorf ein prall gefülltes Haus verzeichnet werden. „Wir freuen uns sehr über diesen wachsenden Zuspruch. Wir scheinen mit dem Skill Camp einen Nerv bei unseren vielen, vielen hochmotivierten Mitgliedern getroffen zu haben“, stellt Generalsekretär Vogel fest.

Über ein Dutzend Referenten boten Workshops zu Themen wie Social Media, Pressearbeit und modernen Wahlkampfaktionen an. So schulte beispielsweise eine Vertreterin Facebooks in den Möglichkeiten, die die Plattform für politische Akteure bietet. Oder ein Parteifreund der ALDE demonstrierte, wie mit Hilfe von Wählerpotential-Analysen Wahlkampf-Ressourcen effizienter eingesetzt werden können.

Bei der diesmaligen Wahlkampf-Edition des Skill Camps standen aber neben den Fertigkeiten auch die landespolitischen Inhalte inklusive rhetorischer Aufbereitung im Mittelpunkt. Die Fachpolitiker der FDP NRW leiteten Workshops zu den zentralen Wahlkampfthemen Inneres, Bildung, Wirtschaft, Finanzen und Mobilität. Auch der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende Christian Lindner war vor Ort und stimmte die NRW-Freidemokraten auf die heißen Wahlkampfwochen ein. „Wir können nicht beste Bildung fordern, ohne diesen Anspruch auch bei uns selbst einzulösen. Diese Veranstaltung ist ein wichtiger Schritt in Richtung der weiteren Professionalisierung unserer Partei-Arbeit. Durch die vielen spannenden Impulse gehen wir topfit in den anstehenden Landtagswahlkampf“, resümiert Johannes Vogel. ■

Teamfoto bei der Wahlkampf-Edition des Skill Camps

Auch in den Sozialen Medien top: Am Tag der Veranstaltung war #SkillCamp bundesweit auf Twitter die Nummer eins unter den Polit-Hashtags



Ditib-Spionage stoppen

INNENPOLITIK Imame, die eigene Gemeindeglieder in Deutschland aushorchen, ihnen heimlich nachspionieren, Dossiers anlegen und dann an die Türkei melden – das klingt wie der Stoff für einen kinotauglichen Agententhriller. Es ist aber Realität in Nordrhein-Westfalen.

Ditib-Imame sollen nach Angaben des Verfassungsschutzes Informationen über mindestens 33 Personen, darunter Lehrer, und 11 Institutionen an die türkische Regierung weitergeben haben. Für die FDP-Fraktion steht fest: Unter solchen Voraussetzungen kann die Zusammenarbeit mit Ditib – etwa beim islamischen Religionsunterricht oder der Salafismus-Prävention – in NRW nicht einfach fortgesetzt werden. Die Vorwürfe sind gravierend: Ditib-Imame haben Gemeindeglieder als angebliche Gülen-Anhänger denunziert, Misstrauen

gesät und Angst geschürt. „Es ist zum Teil bitter, mitanzusehen, wie Gräben und Risse durch die Familien laufen, wie es Denunziation im eigenen Freundeskreis, teilweise sogar in Ehen gibt“, beschreibt FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp, was er in Gesprächen von Betroffenen gehört hat. Nach dem Putsch in der Türkei wurden regierungskritische Ditib-Imame in die Türkei zurückgerufen, entlassen und nach eigenen Angaben schon am Flughafen in Haft genommen. Reformorientierte Ditib-Vorstände wurden auf Weisung aus Ankara systematisch ausgetauscht.

Stamp fordert jedoch eine differenzierte Debatte über die Vorfälle. Denn etliche Ditib-Gemeinden haben jahrzehntelange vorbildliche Arbeit in Deutschland geleistet: im Bereich der Seelsorge, im Gemeindeleben. Gerade diese Gemeinden vor Ort sind vielfach selbst tief verunsichert und sehr enttäuscht. „Unsere Kritik gilt den Funktionären, die über Botschaft und Generalkonsulate gesteuert die autoritäre Politik Ankaras in der deutsch-türkischen Gemeinschaft durchsetzen

wollen und vor Denunziation und Spionage nicht zurückschrecken“, unterstreicht Stamp.

Aufhorchen lassen auch Vorwürfe der Bildungsgewerkschaft GEW. Demnach sollen türkischstämmige Eltern und Lehrkräfte von den Konsulaten aufgefordert worden sein, türkisch-kritisches Verhalten von Lehrern zu melden. „Nachdem die Regierung bei der Ditib-Spionage monatelang tatenlos abgewartet hat, muss sie die Vorwürfe diesmal beherzt aufklären, um Schüler, Eltern und Lehrkräfte vor Schaden zu bewahren. Davon ist allerdings zu wenig zu spüren“, sagt Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Die FDP erwartet, dass die Landesregierung endlich ihr schlafmütziges Verhalten endlich beendet und ihrer Fürsorgepflicht für betroffene Staatsdiener nachkommt. Stamps Fazit: „Wer denunziert, spioniert, trickst und täuscht, kann nicht einen Tag länger Partner sein – weder bei der Organisation islamischen Religionsunterricht noch bei der Gefangenenseelsorge und schon gar nicht bei der Salafismusprävention.“ ■

Hygiene-Ampel führt in die Irre

VERBAUCHERSCHUTZ Die Idee hört sich gut an: Der Verbraucherschutz in NRW soll gestärkt werden. „Verbraucher verlangen von Lebensmittelhandwerk und Gastronomie zu Recht, dass Hygienevorschriften eingehalten werden. Hygiene hat für uns Priorität“, sagt Henning Höne, verbraucherschutzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die von Rot-Grün beschlossene Hygiene-Ampel sorgt allerdings nur für Schein-Transparenz.

„Die Verbraucher werden durch die Regelung von Rot-Grün in die Irre geführt und die bürokratische Belastung der kleinen und mittleren Betriebe erheblich ausgeweitet“, sagt Höne. Er kritisiert, dass sich die Verbraucher mit der Ampelkennzeichnung kein verlässliches Urteil über die hygienischen Zustände in den Betrieben verschaffen können. Denn die Einstufung „grün“, „gelb“ oder „rot“ verrät dem Verbraucher nicht, wie die tatsächlichen hygienischen Zustände in dem betreffenden Betrieb aussehen oder welche Gesichtspunkte bei der Beurteilung eine Rolle gespielt haben.

Insgesamt wird der Erfüllung bürokratischer Vorgaben wie der Dokumentation von Maßnahmen zudem eine höhere Bedeutung beigemessen als den für die Gesundheit relevanten Zuständen. „Das Bewertungssystem ist erkennbar nicht auf die Bedürfnisse der Verbraucher ausgelegt“, bemängelt Höne. Statt eine ganze Branche pauschal an den Pranger zu stellen, muss effektiv gegen schwarze Schafe vorgegangen werden und die lebensmittelhygienischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Die Freien Demokraten fordern daher die Einführung eines verbindlichen Hygiene-



HENNING HÖNE,

verbraucherschutzpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Führerscheins für diejenigen, die beruflich mit Lebensmitteln umgehen. „Statt Sticker an die Eingangstür der Lebensmittelbetriebe zu kleben und sie mit existenzschädigender Symbolpolitik zu überziehen, müssen umgehend diejenigen aus dem Verkehr gezogen werden, die Hygienevorschriften nicht einhalten“, stellt Höne klar. Und dafür braucht es keinen Hygiene-Pranger. ■



Mutmacher für die Zukunft

Ausgebuchtes Haus beim Wirtschaftstalk der FDP-Fraktion. Schon Tage vorher waren die begehrten Plätze restlos vergeben. Die Frage nach unserer Zukunft treibt die Menschen um. Wie die fortschreitende Digitalisierung unser Land verändert, diskutieren die Gäste schon vor Beginn der Veranstaltung lebhaft. Doch als FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp die Bühne betritt, kann man eine Stecknadel fallen hören. „Mut statt Missmut“, beschreibt er die Haltung der Freien Demokraten und zugleich das Motto des Abends. Danach folgen 60 Minuten Klartext von Lindner und Thelen. Der Chefredakteur des Handelsblatts, Sven Afhüppe, moderiert das Gespräch, das trotz

aller Leichtigkeit nie ins Oberflächliche abgleitet.

Frank Thelen berichtet, wie er schon mit 16 Jahren die ersten Schritte im Unternehmertum machte und sein „Gründergen“ entdeckte: „Ich habe irgendwann gemerkt, dass ich die Welt verändern kann.“ Dabei ging es für Lindner und Thelen als Gründer nicht immer nur bergauf. Über das Scheitern und die Erfahrungen daraus finden beide offene und zuversichtliche Worte. Denn Mut ist für sie Katalysator für Neues und Treiber technologischer Entwicklung. Deshalb fordern sie einen grundlegenden Mentalitätswechsel in Deutschland. „Bei uns wird Mut nicht belohnt. Wir haben leider noch den Grundtenor,

Startup-Gründer Frank Thelen im Gespräch mit Christian Lindner. Sven Afhüppe, Chefredakteur des Handelsblatts, moderierte das Gespräch vor vollen Haus

wenn jemand sich etwas traut und scheitert, dann wird gelacht“, bedauert Thelen. Lindner betont: „Wir brauchen eine Kultur des Scheiterns: Statt Scheitern mit Häme zu bestrafen, sollte dem Mut etwas Neues zu versuchen, Respekt gezollt werden.“

Diese positive Haltung müsse für die Gesellschaft insgesamt gelten. „Ich wünsche mir mehr Unternehmergeist, die Haltung also, etwas zu unternehmen und nicht zu unterlassen, auch in der Politik und dem öffentlichen Dienst“, sagt Christian Lindner.

Der immer schnellere Wandel durch die Digitalisierung stellt auch die etablierten Geschäftsmodelle aller Branchen vor große Herausforderungen.



WIRTSCHAFTSTALK Das war ein Abend, der große Lust auf Zukunft macht. FDP-Fraktionschef Christian Lindner und der erfolgreiche Startup-Gründer Frank Thelen („Höhle der Löwen“) reden beim Wirtschaftstalk der FDP-Fraktion Klartext und zeigen sich als charismatische Mutmacher. Rund 300 Besucher vor Ort und tausende Interessierte in den sozialen Netzwerken verfolgen das Gespräch der beiden Experten. Chancen statt Risiken dominieren die Diskussion über die Herausforderungen der Digitalisierung, die Einzug in alle Lebensbereiche hält. Erschreckende Erkenntnis: Deutschland hat die großen Technologietrends bislang weitestgehend verschlafen. Der Appell von Lindner: „Die Aufholjagd muss endlich beginnen.“

Um die Entwicklung von Ideen und das Knowhow für deren Umsetzung zu fördern, muss schon in der Schule das Bewusstsein für Wirtschaft, Unternehmertum und Digitalisierung geschaffen und das notwendige Wissen vermittelt werden, sind Lindner und Thelen einig. Bisher ist unser Bildungssystem darauf jedoch nicht vorbereitet. Lindner: „Wir haben als FDP einen Modellversuch Wirtschaft an Realschulen eingeführt – mit exzellenten Ergebnissen. Die Schulen, die Ausbildungsbetriebe, die Familien waren begeistert.“ Aber die rot-grüne Landesregierung hat das Programm eingestellt, statt es auf andere Schulformen auszuweiten. Begründung: Die Schule dürfe kein Zulieferbetrieb für die Wirtschaft sein.

„Ich finde doch. Den Schülern eine beruflich verwertbare Qualifikation mit auf den Weg zu geben, das ist die Aufgabe unserer Schulen.“

Thelen fordert, dass Grundkenntnisse über Programmieren und Medienkompetenz Bestandteil der Schulbildung sein müssen. „Alle, die nicht programmieren können, sind die Analphabeten der Zukunft“, ist er besorgt. Denn es ist klar, dass die Digitalisierung unaufhaltsam voranschreitet – künstliche Intelligenz auf der einen Seite, das industrielle Internet („Internet of things“) auf der anderen. Und genau da sieht Christian Lindner die große Chance für Deutschland, wo zuvor in vielen Bereichen die Entwicklung verschlafen wurde. „Bei



Link zum Podcast:
bit.ly/2mGu3gc

der Industrieproduktion sind wir in Deutschland sehr gut. Die Informationstechnologie in der industriellen Produktion ist besser als ihr Ruf. Was man Computer Aided Manufacturing nennt, das ist in Deutschland Weltstandard. Da müssen wir ansetzen und dürfen keine Zeit verlieren.“

Wieso Deutschland überhaupt so ins Hintertreffen geraten konnte? Dafür hatte Frank Thelen eine Erklärung, die Motivation für die anstehenden Herausforderungen ist und gleichzeitig den Geist dieses Abends zusammenfasst: „Das Gute ist der Feind der Exzellenz.“ Das haben auch die Freien Demokraten erkannt, die deshalb auf weltbeste digitale Infrastruktur und Bildung setzen. ■

Ideen aus NRW – Impulse für Deutschland

KONGRESS Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie stellen einen Großteil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen. Aber auch das Handwerk steht durch die Digitalisierung, durch die demographische Entwicklung oder durch einen Trend zur Akademisierung vor großen Herausforderungen.

Handwerk und Mittelstand brauchen bessere Rahmenbedingungen und mehr Rückendeckung durch die Politik. Deshalb hat die FDP-Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode die Themen des Handwerks und des Mittelstands in den Fokus ihrer wirtschaftspolitischen Arbeit gerückt. Die Initiative für die bundesweit erste Enquete-Kommission zur Zukunft des Handwerks war ein wichtiger Beitrag. Um die Zukunft des Handwerks ging es auch beim Kongress der Fraktion „Ideen aus NRW – Impulse für Deutschland“.

Pünktlich um 18.01 Uhr begrüßte FDP-Fraktionschef Christian Lindner die rund 250 Gäste. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit sind schließlich Tugenden des Handwerks. Zu diesem Zeitpunkt fehlten sogar noch Teilnehmer der Talkrunden – sie standen im Stau. Womit der Kongress direkt im Thema war. Denn die Standortbedingungen für das Handwerk haben sich in NRW in den letzten Jahren verschlechtert. Die Infrastruktur ist unter Rot-Grün

insbesondere durch die ideologische Blockadehaltung der Grünen auf Verschleiß gefahren worden. Unzählige bürokratische Vorschriften belasten gerade kleine Betriebe im Alltag. Und beim Ausbau von schnellem Internet steht die Landesregierung auf der Bremse.

„Für unseren Wohlstand von morgen müssen wir wirtschaftsfreundliche Bedingungen schaffen. Nur dann wollen auch in Zukunft Menschen etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen das Handwerk von Nebenan, den mutigen Unternehmer, die fleißigen und innovationsfreudigen Gesellen und Meister“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Er warnte vor Überreglementierung und schlug vor, die Wirtschaft einfach mal in Ruhe zu lassen. Sprich: weniger Bürokratie etwa bei den Dokumentationspflichten für das Mindestlohngesetz oder die irreführende Hygiene-Ampel.

In den Debatten mit namhaften Experten, Handwerkern, Kreishandwerkerschaften, Verbänden, Inhabern mit-

Handwerksunternehmer Frank Wallossek, Dr. Ortwin Weltrich, Christian Lindner, Georg Bergmann, im Gespräch mit Ralph Bombis





Ralph Bombis im Gespräch mit Dr. Ortwin Weltrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer zu Köln



Dietmar Brockes, Wirtschaftsexperte der FDP-Fraktion



Expertenrunde, Lutz Goebel, Reiner Nolten, Ralph Bombis, Kathrin de Blois

Konkrete Vorschläge hat die FDP-Landtagsfraktion in einer **handwerkspolitischen Agenda** formuliert. Darin schlägt sie strategische Kernmaßnahmen vor, die in den kommenden Jahren auf Landes- und Bundesebenen umgesetzt werden sollen. Dazu zählen:

- ein Berufsabitur zu schaffen.
- einen Pakt für berufliche Bildung ins Leben zu rufen.
- regionale digitale Kompetenzzentren vom und für das Handwerk aufzubauen.
- die Pflichtversicherung von Handwerkern in der gesetzlichen Rentenversicherung aufzuheben und stattdessen eine Pflicht zur Vorsorge einzuführen.
- den Mittelstand durch einen Abbau der Kalten Progression und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags spürbar zu entlasten.



Video zum Kongress:
bit.ly/2mj0tfr



Mehr Infos zum Thema:
bit.ly/2ITkL4q

telständischer Unternehmen sowie interessierten Bürgern ging es um Fragen wie Digitalisierung, Demographie und Bildung. Lutz Goebel, Präsident des Verbandes Die Familienunternehmer, sprach sich für ein Fach Wirtschaft aus. Dadurch würden nicht nur wichtige Grundlagen zum Verständnis unseres Wirtschaftssystems gelegt, sondern Interesse an Wirtschaft und unternehmerischer Tätigkeit geweckt. Eine Position, die die FDP-Fraktion ebenso teilt wie den Wunsch nach einer höheren Wertschätzung der beruflichen Bildung.

„Wenn NRW und Deutschland auch in Zukunft erfolgreich sein wollen, benötigen wir eine Weiterentwicklung unserer Stärken. Eine davon ist das duale Bildungssystem. Statt die Berufsausbildung wie ein Stiefkind zu behandeln, sollten wir sie wieder in den Mittelpunkt von Qualifizierung, Zukunftschancen und Berufsperspektiven im digitalen Zeitalter stellen“, betonte Ralph Bombis, Sprecher für Handwerk und Mittelstand der FDP-Landtagsfraktion. ■

Fehler im Fall Amri umfassend aufklären

SICHERHEIT Wie konnte es zu dem schrecklichen Terroranschlag vom Berliner Breitscheidplatz kommen? Wo sind Fehler passiert, die dazu führten, dass Anis Amri, der als Gefährder eingestuft war, auch den NRW-Behörden vollständig aus dem Blick geriet? Das offensichtliche Versagen muss aufgearbeitet werden. Im Düsseldorfer Landtag hat dazu ein Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen.

Schon die ersten Zeugenaussagen offenbaren, dass vieles schief gelaufen ist. Nicht nur beim europäischen und innerdeutschen Datenaustausch hat es gehakt, Probleme und massive Versäumnisse gab es vor allem auch in NRW. Während die rot-grüne Landesregierung eigene Fehler reflexhaft verneint, haben Salafisten Nordrhein-Westfalen offensichtlich weiter in ihren Fokus gerückt – wie die Terrorwarnung für ein Einkaufszentrum in Essen gezeigt hat. Die FDP fordert den Rücktritt von Innenminister Jäger, weil er jede Fehleranalyse verweigert.

In den vergangenen Wochen hat Jäger sich in offenkundige Ungereimtheiten und Widersprüche bei Angaben zum Fall Amri verstrickt. „Parlament und Öffentlichkeit werden – wenn überhaupt – nur häppchenweise informiert. Häufig dann auch nur über das, was Medien ohnehin schon recherchiert haben“, bemängelt Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Ein Rechtsgutachten im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion widerlegt die falsche Aussage von Innenminister Jäger, im Fall Anis Amri seien die Grenzen



Joachim Stamp und Prof. Dr. jur. Henning Ernst Müller bei der Vorstellung des Rechtsgutachtens.

des Rechtsstaats erreicht worden. Der SPD-Minister behauptet, es hätte keine rechtliche Handhabe gegeben, den Gefährder festzusetzen. Der Regensburger Strafrechtler und Kriminologe Professor Dr. iur. Henning Ernst Müller kommt in einem Rechtsgutachten für die FDP-Fraktion zu einem anderen Ergebnis. Die Behörden hätten sogar mehrere rechtliche Möglichkeiten gehabt. Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion: „Die Behauptung von Innenminister Jäger, man habe alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, ist falsch und widerlegt.“

Bereits im Frühsommer 2016 hätte nach der Ablehnung des Asylantrags eine Ausweisungsverfügung gegen Anis Amri erlassen werden können. Die wäre nach Bewertung von Prof. Dr. iur. Müller eine sinnvolle Grundlage für weitere Eingriffe wie etwa strengere Meldeauflagen oder Überwachungsmaßnahmen gewesen. Auch Untersuchungshaft wäre Müller zufolge machbar gewesen. Zudem hätte auch Abschiebungshaft spätestens Ende Oktober Aussicht auf Erfolg gehabt. Professor Müller betont in seinem Gutachten: „Die Behörden hätten Abschiebehaft beantragen können.“

Die Behörden haben aber gar nichts beantragt – angeblich, weil ein Abteilungsleiter im Innenministerium wenig Erfolg für eine Abschiebung sah. Die Landesregierung darf die innere Sicherheit in diesem Land nicht vom Rechtsverständnis eines Abteilungsleiters oder einer Sicherheitskonferenz im Innenministerium abhängig machen, fordert Stamp. „Wenn wir davon sprechen, an die Grenze des Rechtsstaats zu gehen, dann bedeutet das, dass ein Haftantrag gestellt wird, über den ein Richter entscheidet. Eine gerichtliche Entscheidung ist die Grenze des Rechtsstaats.“ Durch eine Prognose des Ministeriums ist dies jedenfalls nicht zu ersetzen. „Auch die Bundesregierung vertritt die Rechtsauffassung, dass Anis Amri



Rechtsgutachten von Prof. Müller zu den ausländerrechtlichen und strafprozessualen Möglichkeiten im Fall Anis Amri
bit.ly/2kkwl4s

hätte in Haft genommen werden müssen“, sagt Lürbke. Der Bundesinnenminister hat damit die Auffassung der Freien Demokraten und das Ergebnis des Gutachtens von Professor Henning Ernst Müller sowie weiterer Juristen bestätigt. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass NRW-Innenminister Jäger auch weiterhin jede rechtliche Möglichkeit der Inhaftierung bestreitet.

Die FDP-Fraktion wirft den NRW-Sicherheitsbehörden vor, die Gefährlichkeit des Tunesiers unterschätzt zu haben. Es dränge sich der Eindruck auf, dass Anis Amri zwar als islamistischer Gefährder, aber zugleich auch als „kleiner Fisch“ eingeschätzt worden sei, sagte FDP-Vizefraktionschef Joachim Stamp. Er forderte von Innenminister Jäger Informationen, ob Anis Amri von den Behörden an der langen Leine gehalten sowie auf Haft und strenge Meldeauflagen verzichtet wurde, um über ihn an andere Personen aus der islamistischen Szene heranzukommen. Es mache den Eindruck, als sei Amris Abschiebung von NRW „nicht vordringlich“ betrieben worden.

Um eine Aufarbeitung systematisch zu ermöglichen, ist ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode not-

wendig. Um möglichst schnell Fehler zu analysieren und Verbesserungen bei der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu erreichen, hat die FDP-Fraktion gemeinsam mit CDU und Piraten einen Untersuchungsausschuss noch in dieser Legislaturperiode gefordert. Stamp: „Aufgrund der Kürze der verbleibenden Zeit sind die Freien Demokraten skeptisch, ob ein Untersuchungsausschuss noch bis zur Wahl ausreichend Ergebnisse erzielen kann. Angesichts der Verantwortungverweigerung des Innenministers müssen wir es aber jetzt wenigstens versuchen.“ Der Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Für Joachim Stamp steht fest: „Rot-Grün versucht, den Ausschuss zur Farce zu machen, um von Fehlern in NRW abzulenken. Das ist jedoch schon mit der ersten Zeugenbefragung misslungen, da Ex-BAMF-Chef Weise die fehlende Kooperationsbereitschaft von NRW-Innenminister Jäger klar herausgestellt hat. Jäger trägt eindeutig Mitverantwortung für die massiven Mängel bei der Registrierung der Flüchtlinge.“

Weil NRW-Innenminister Jäger nicht einmal bereit ist, eine Fehleranalyse vorzunehmen, fordern die Freien Demokraten seinen Rücktritt. ■

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion



Gutes neues NRW

NEUJAHRSEMPFANG Die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen sind mit einem Besucherrekord ins neue Jahr gestartet. Mehr als 1.600 Gäste kamen zum traditionellen Neujahrsempfang der Landtagsfraktion und des Landesverbandes nach Düsseldorf, der unter dem Motto „Gutes neues NRW“ stand.

Der Generalsekretär der FDP NRW, Johannes Vogel, begrüßte die Anwesenden mit einem Ausblick auf das anstehende Wahljahr. Er wertete den prall gefüllten Saal als positives und motivierendes Zeichen – sogar die obere Zuschauerempore musste bei diesem Neujahrsempfang geöffnet werden. Eine Neuheit.

Vogel bemängelte die überbordenden bürokratischen Belastungen für Unternehmen. Sein Ziel ist klar: „Wir wollen Gründern und Unternehmern in NRW den Weg freimachen, Ideenwettbewerb und Eigenverantwortung entfesseln.“ Eine Maßnahme sei zum Beispiel ein bürokratiefreies erstes Jahr für Startups.

Die stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende der FDP NRW, Angela Freimuth, legte ihren Fokus auf die Schulpolitik. Sie forderte weltbeste Bildung für NRW, das unter der grünen Ideologie leidet. „Wir sollten uns nicht mit Strukturdebatten aufhalten, sondern die Qualität der Schulen voranbringen“, so Freimuths Vorschlag. Angesichts der mangelnden Bereitschaft von Innenminister Jäger, politische Verantwortung für die zahlreichen Pannen in seiner Amtsführung zu übernehmen, forderte Fraktionsvize Joachim Stamp Ministerpräsidentin Kraft auf, Jäger zu entlassen. „Es geht um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“, mahnte der Freidemokrat.

Verband und Fraktion der FDP NRW begrüßten diesmal zwei Gastredner bei ihrer Veranstaltung: Armin Laschet, den Fraktions- und Landesvorsitzenden der CDU NRW, sowie den luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel. Laschet betonte, dass es in der

aktuellen politischen Lage die Pflicht aller demokratischen Parteien sei, fair und offen miteinander umzugehen. Deshalb sei er gerne der Einladung gefolgt, den Neujahrsempfang der Freien Demokraten als Gastredner zu besuchen. 2017 ist für die Europäische Union ein Superwahljahr mit richtungsweisenden Entscheidungen. Die Niederlande, Frankreich, NRW und Deutschland schreiten bis Herbst zur Wahlurne. Xavier Bettel legte ein klares Bekenntnis zu Europa ab und ging auf das selbstbewusste Auftreten rechter Populisten ein. Der Luxemburger machte deutlich: „Populisten haben zwar für die komplexen Fragen die simpelsten Lösungen – nur funktionieren die nie.“

Christian Lindner, Vorsitzender von Fraktion und Verband der FDP in NRW, schloss sich Bettel inhaltlich an: „Wenn die Probleme größer werden, darf das Denken nicht kleiner werden.“ Zudem kritisierte der Freidemokrat, dass im deutschen Rechtsstaat die Prioritäten nicht mehr stimmten. Besonders deutlich würde das mit Blick auf den Fall des Attentäters Amri. „Auf Sylt dürfen wegen Stolpergefahr keine Sandburgen mehr gebaut werden. Dann erfahren wir, dass hier ein Kerl 14 unterschiedliche Identitäten haben kann, damit Sozialleistungen ergaunert, dass er im Visier unserer Sicherheitsbehörden erwiesene Kontakte zum Islamischen Staat haben kann, darüber rasonieren kann, sich Kriegswaffen durch Kleinkriminalität beschaffen zu wollen, sich als Selbstmordattentäter anbietet und einen Anschlag verübt.“ Man brauche keine schärferen Gesetze, sagte Lindner. Aber die bestehenden müssten endlich konsequent angewendet werden. Nach den Reden kamen die zahlreichen Gäste zu einem geselligen Miteinander zusammen. ■

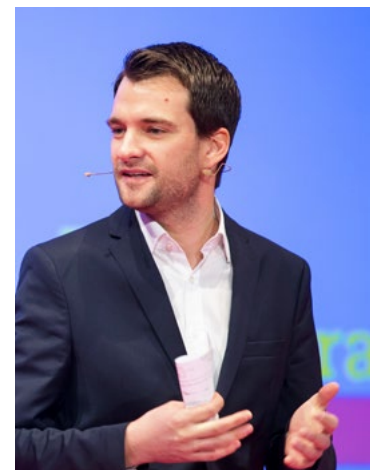


Angela Freimuth, stellvertretende Vorsitzende der FDP NRW und der FDP-Fraktion NRW und Dr. Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW und FDP-Bundesvorstandsmitglied

Besucherrekord beim
Neujahrsempfang von
Verband und Fraktion
der FDP in NRW



Christian Lindner,
Vorsitzender von
Partei und Fraktion
der Freien Demo-
kraten in NRW



Johannes Vogel,
Generalsekretär der
FDP NRW und Xavier
Bettel, Premierminister
Luxemburgs (unten)



Rede Johannes Vogel:
bit.ly/2mLTEp1

**Talk mit Angela Freimuth
und Dr. Joachim Stamp:**
bit.ly/2ncVsdu

Rede Christian Lindner:
bit.ly/2nHHr40

Besucherrekord beim Politischen Aschermittwoch



ANDRANG Beim traditionellen Politischen Aschermittwoch, den die FDP NRW zusammen mit dem FDP-Bezirksverband Ruhr ausrichtet, kamen in diesem Jahr so viele Interessierte wie nie zuvor. Gastredner war der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein und stellvertretende Bundesvorsitzende, Wolfgang Kubicki.



oben links: Wolfgang Kubicki, stellvertretender Vorsitzender der FDP

oben rechts: Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, auf der Bühne des Mondpalastes

links: Andreas Reichel, Wolfgang Kubicki, Christian Lindner, Ralf Witzel, Marco Buschmann, Christian Stratmann und Thomas Nüchel

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Ruhr, Ralf Witzel, begrüßte die anwesenden Gäste. Erstmals musste man vom Foyer in den Saal des Mondpalastes wechseln. Aber der Ansturm war so groß, dass auch dort nicht jeder einen Platz ergattern konnte. So wurde die gesamte Veranstaltung auch auf Fernsehern im Foyer übertragen. Witzel arbeitete in seiner Rede die Versäumnisse der rot-grünen Landesregierung scharf heraus. „Sylvia Löhrmann fordert wirksame Maßnahmen gegen das Schulversagen. So selbstkritisch war sie noch nie“, kommentierte er die Erkenntnis der Ministerin für Schule und Weiterbildung mit einer stilechten Pointe.

Gastredner des Abends war der stellvertretende Bundesvorsitzende und

Spitzenkandidat der Freien Demokraten Schleswig-Holstein, Wolfgang Kubicki. Dieser vertonte die liberale Haltung zur Inhaftierung des deutschen Journalisten Deniz Yücel in der Türkei: „Ich kann sicher sagen: Wenn Freie Demokraten an der Bundesregierung beteiligt wären, würde aktuell kein Mitglied der türkischen Regierung deutschen Boden betreten können. Wir würden das verhindern.“ Klare Kante zeigte der Besuch aus dem Norden auch bei der nordrhein-westfälischen Innenpolitik: „Im Fall Amri hat Innenminister Jäger ja behauptet, er sei an die Grenze des Rechtsstaats gegangen. Das ist eine glatte Lüge, weil die Grenzen des Rechtsstaats von Gerichten bestimmt werden. Er ist vielleicht an seine eigene Grenze gegangen, aber besser wäre noch, er würde nach Hause gehen.“



Die Rede von Wolfgang Kubicki im Video:
bit.ly/2mns5jO

Die Rede von Christian Lindner im Video:
bit.ly/2mndjux

Als letzten Redner kündigte der Heraner Landtagsabgeordnete Thomas Nüchel, der auch diesmal wieder durch den Abend führte, gemeinsam mit dem Prinzipal des Mondpalastes, Christian Stratmann, den Landes- und Bundesvorsitzenden Christian Lindner an. Mit Blick auf den deutschen Status Quo in Sachen Digitalisierung stellte er fest: „2013 nannte Frau Merkel das Internet ‚Neuland‘. 2017 nennt Herr Gabriel Deutschland bei der Digitalisierung ‚Entwicklungsland‘. Wenn die Große Koalition in dem Tempo weitermacht, verkauft sie uns das Telefon mit Wählschreiber 2021 als Innovation.“ Nach dem Bühnenprogramm folgte ein gemütliches Miteinander bei Buffet und kalten Getränken. ■

Rot-Grün von Realität im Land abgekoppelt

AUSLÄNDERWAHLRECHT Kurz vor Ende der Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam mit den Piraten versucht, in NRW ein Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer einzuführen. Die nötige Zweidrittelmehrheit zur Änderung der Landesverfassung verfehlten sie jedoch deutlich. Die Freien Demokraten stimmten aus verfassungsrechtlichen sowie migrations- und gesellschaftspolitischen Gründen gegen das Vorhaben, für das zudem eine Grundgesetzänderung erforderlich wäre.

FDP-Fraktionschef Lindner betonte in der Debatte über die Gesetzesinitiative: „Die Idee eines Ausländerwahlrechts ist angesichts der Lage im Land schlicht absurd.“ Die Situation in Deutschland hat sich seit 2015 verändert. Darauf haben die Freien Demokraten reagiert, die sich in der Vergangenheit für ein Wahlrecht Drittstaatsangehöriger ausgesprochen hatten. „Wir hatten eine Migrationswelle, die den Staat bis an den Rand des Organisationsversagens gebracht hat“, betonte Lindner. Bis heute gibt es keine klaren Einwanderungsregeln. „Es gibt keine Ordnung bei der Einwanderung, es gibt ungeklärte Fragen bei

der Integration und politisch-kulturelle Irritationen.“ Dass Rot-Grün ausgerechnet jetzt einen solchen Vorstoß unternehme zeige, dass sie sich vollständig von der Realität im Land und der Gefühlslage der Bürgerinnen und Bürger abgekoppelt hat. Zugleich distanzierte sich Lindner von der Argumentation der CDU, die versuche, aus dem Streit um das Drittstaatenwahlrecht eine „Lex Türkei“ zu machen und Türken, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, zu diskriminieren. Sprüche gegen die doppelte Staatsbürgerschaft seien Ablenkungsmanöver, um Defizite in der Integrationspolitik und im Umgang dem tür-

kischen Staatspräsidenten zu übertünchen. Die geltende doppelte Staatsbürgerschaft enthalte ohnehin eine hohe Hürde, baue aber keine Mauern, sondern Brücken. Bevor über ein Drittstaatenwahlrecht nachgedacht werde, müssten dringlichere Dinge geklärt sein. „Wir brauchen erst einmal wieder die Kontrolle der Zuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz“, betonte Lindner die Prioritäten. „Staatsangehörigkeit und Wahlrecht sind die Krönung eines zuvor erfolgreichen Integrationsprozesses. Das Wahlrecht darf kein Spielball parteipolitischer Einzelinteressen sein.“ ■

Agenda gegen Kinderarmut



MARCEL HAFKE,

familienpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

FAMILIE „Den Kindern soll es einmal besser gehen“ – unter dieses Ziel hat die FDP-Landtagsfraktion ihre „Agenda gegen Kinderarmut“ gestellt.

Die Freien Demokraten sehen in NRW große Herausforderungen. Denn obwohl Ministerpräsidentin Kraft seit ihrem Regierungsantritt öffentlich verspricht, Rot-Grün wolle ‚Kein Kind zurücklassen‘, ist die Kinderarmut in den letzten Jahren in NRW gestiegen. „Wir wollen, dass alle Kinder in unserem Land mit den Chancen auf ein erfülltes Leben aufwachsen können“, sagt Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Die Agenda der FDP-Fraktion ist auf ein breites Fundament gestellt: Von der Stärkung der Eltern durch eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung fördert, über eine bedarfs- und familiengerechte Betreuungsinfrastruktur bis zur Evaluation familienpolitischer Leistungen, um die Wirksamkeit politischer Projekte zu überprüfen.

Im Mittelpunkt steht die Förderung der Kinder. Um Betreuungsbedingungen für Jugendliche zu verbessern, sollen Familienzentren flächendeckend ausgebaut und Ansprechpartner bei allen

familienbezogenen Fragen werden. Zudem sollen Kooperationen zwischen Schulen, Jugendhilfe-Trägern, Vereinen sowie Schulsozialarbeitern verstärkt werden, um Kindern verbesserte Angebote für eine gute individuelle Förderung zu ermöglichen. Vor allem für schwächere Schüler bietet ein Ganztagsangebot hier Chancen kommerzielle Nachhilfe zu vermeiden.

Auch die Bezahlung von Tagesmüttern für die Spät- und Frühbetreuung von Kindern muss verbessert werden, um mehr Kooperationen mit Kitas in der für viele Eltern wichtigen Bring- und Abholphase vor 8 und nach 16.30 Uhr zu ermöglichen. „Wenn wir Alleinerziehenden und Beschäftigten im Einzelhandel oder Schichtdienst aus dem Betreuungsdilemma helfen wollen, brauchen wir ein neues Randzeiten-Konzept“, sagt Hafke. Gerade Eltern, die wegen der klassischen Kita-Öffnungszeiten an der Erwerbstätigkeit gehindert werden, könne damit geholfen werden. Diese Aufgabe ist dringlicher als die von der SPD geforderte Abschaffung der Elternbeiträge in Kernzeiten. ■



Agenda gegen
Kinderarmut:
bit.ly/2mvuXeQ

NRW-Frauenförderung spaltet Beamte

FRAUENQUOTE Verfassungswidrig, schlecht gemacht und diskriminierend.

Auf diesen Nenner lässt sich die von SPD und Grünen eingeführte Frauenquote im Landesbeamtengesetz bringen. De facto führt die Regelung zu Beförderungstopps in vielen Behörden, was eine Klagewelle ausgelöst hat.

Gleichberechtigung ist ein wichtiges Ziel, für das es noch einiges – gerade bei der Frauenförderung – zu tun gibt. Mit dem Beamtengesetz leistet die rot-grüne Landesregierung dem Ziel jedoch einen Bärendienst.

In NRW werden seit dem 1. Juli 2016 Beamtinnen selbst bei schlechterer Leistungsbewertung männlichen Kollegen bei Stellenbesetzungen und Beförderungen vorgezogen. Viele Beamten klagen dagegen. Fünf Urteile sind von Verwaltungsgerichten bereits gefällt worden. Bei jedem ist die rot-grüne Regelung als verfassungswidrig gewertet worden. Derzeit sind weitere 85 anhängige Verfahren bekannt. Die Landesregierung schaltet dennoch auf stur und hat angekündigt, das Gesetz vom Verfassungsgerichtshof in Münster bestätigen lassen zu wollen. Damit werden Beförderungslisten in den betroffenen Behörden für lange Zeit geschlossen. „Etlichen Beamten wird so die letzte Chance auf Beförderung genommen“, sagt Ralf Witzel, Fraktionsvize und personalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Ein Gutachten des renommierten Münsteraner Rechtswissenschaftlers Professor Janbernd Oebbecke im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion bestätigt, dass die rot-grüne Dienstrechtsreform – schon aus formellen Gründen – verfassungswidrig ist. Die FDP-Fraktion fordert, dass der verfassungswidrige Passus umgehend gestrichen wird. Denn laut Gutachten ist der Grundsatz der Bestenauslese durch § 19 Absatz 6 LBG erheblich eingeschränkt. Laut Bundesgesetz sind Beförderungen nur

nach Qualifikation – ohne Rücksicht auf das Geschlecht – vorzunehmen. Das Land darf davon nicht abweichen. Doch genau das macht Rot-Grün. „Die Gesetzesänderung hat zu einer Klageflut vor den Verwaltungsgerichten geführt – das Land hat bisher jeden Prozess verloren“, sagt Witzel. Das Gesetz ist jedoch nicht nur aus formellen Gründen verfassungswidrig. Auch materiell macht der Bund eine klare Vorgabe: Beförderungen müssen von Eignung, Befähigung und Qualifikation abhängen nicht von anderen Kriterien.

Um einen zähen Rechtsstreit und jahrelange weitgehende Beförderungstopps in der Landesverwaltung zu verhindern, strebt die FDP-Fraktion eine Verfassungsklage an. In einem Brief an alle Abgeordneten des Landtags NRW hat FDP-Fraktionschef Christian Lindner die Parlamentarier eingeladen, gemeinsam mit der FDP-Fraktion für eine rechtliche Klärung zu sorgen. „Wenn auch Sie einen jahrelangen Rechtsstreit und weitgehende Beförderungstopps in der Landesverwaltung verhindern wollen, haben Sie jetzt die Gelegenheit dazu“, schrieb Lindner. Dennoch sind auch die CDU-Abgeordneten, die die inhaltliche Kritik teilen, der Einladung aus Taktik und Rücksichtnahme auf die Grünen nicht gefolgt.

„Für die FDP ist klar, dass Jeder und Jede im Beruf faire Aufstiegschancen haben muss. Genau das ist in den NRW-Behörden außer Kraft gesetzt“, betont Witzel. Nun haben SPD und Grüne die Frauenquote auf etliche öffentliche Unternehmen wie Sparkassen ausgedehnt. Auch alle Tarifangestellten der Kommunen sind inzwischen betroffen.



Rechtsgutachten zum verfassungswidrigen Landesbeamtengesetz:
bit.ly/2miYaJQ



Video zur Frauenquote:
bit.ly/2n58ZDI

Ralf Witzel, Christian Lindner und Prof. Dr. Janbernd Oebbecke bei der Vorstellung des Gutachtens.

Nach Auffassung der FDP muss:

1. der verfassungswidrige Passus im Landesbeamtengesetz gestrichen werden. Bei Beförderungen muss wieder die Bestenauslese gelten. Das Grundgesetz und der Bundesgesetzgeber geben das so vor.
2. bei Beförderungen familienbedingte Ausfallszeit geltend gemacht werden – also in Fällen, wo mehrere identisch qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber um eine Beförderungsstelle konkurrieren. Von einer solchen Regel würden Frauen, aber genauso auch Männer profitieren, die aufgrund von Kindererziehungszeiten nicht in Vollzeit arbeiten.
3. das Personalbeurteilungssystem der einzelnen Ressorts so präzisiert werden, dass eine Teilzeittätigkeit nicht zu einer tendenziell schlechteren Beurteilung führt. ■





CHRISTIAN LINDNER,

Vorsitzender der FDP und der FDP NRW

Regierung sollte türkische Wahlkampfauftritte verhindern

AUSSENPOLITIK Seit Wochen wollen türkische Regierungsmitglieder nach Deutschland reisen, um hier für die Zustimmung zu einer Verfassungsänderung in der Türkei zu werben. Diese würde die Rechte des Parlaments massiv einschränken und Präsident Erdogan zum Staats- und Regierungschef mit weitgehenden alleinigen Befugnissen machen.

FDP-Chef Christian Lindner lehnt die Auftritte der türkischen Regierungsvertreter in Deutschland ab: „Türkische Innenpolitik und Staatspropaganda haben hier nichts zu suchen! Deutschland ist keine Plattform, um für die Entdemokratisierung und Abwicklung eines Rechtsstaats zu werben.“ Lindner weist darauf hin, dass Deutschland die Möglichkeiten hätte, die Auftritte zu unterbinden. „Die Bundesregierung kann jeder Zeit und ohne Angabe von Gründen die Einreise von türkischen Regierungsmitgliedern verbieten. Bis zum Referendum im April sollte sie von dieser

Möglichkeit Gebrauch machen, wenn türkische Regierungsmitglieder zum Wahlkampf nach Deutschland reisen wollen.“ Die Zögerlichkeit der Bundesregierung erklärt sich Lindner mit zweierlei Gründen: „Die Union hat sich erpressbar wegen der Flüchtlingspolitik gemacht. Und die SPD will wohl aus der Türkei stammende Menschen nicht verprellen, die in Deutschland rot und in der Türkei Erdogan wählen.“

Dass der Umgang mit der türkischen Regierung auch mit mehr Entschlossenheit mög-

lich ist, hat dagegen der liberale Regierungschef der Niederlande, Mark Rutte, gezeigt. Er unterband die Auftritte konsequent – und erlangte wenige Tage später einen deutlichen Sieg bei der Parlamentswahl. Lindner: „Der liberale Ministerpräsident dort handelt so, wie man es von Frau Merkel und Europa insgesamt erwartet. Wir freuen uns sehr über den Wahlausgang in den Niederlanden, liberale Regierungen sind Stützpfiler für ein starkes Europa und ein Signal für die Freiheit eines jeden Einzelnen.“ ■



FDP-Bundesgeschäftsstelle nun im Hans-Dietrich-Genscher-Haus

Knapp ein Jahr nach dem Tod von Hans-Dietrich Genscher wurde der langjährige Außenminister und Parteivorsitzende mit einer Feierstunde in der FDP-Zentrale geehrt. Christian Lindner, Wolfgang Ischinger und Klaus Kinkel erinnerten in ihren Reden an den großen liberalen Staatsmann, der die Politik der Bunderepublik und Europas maßgeblich mitprägte. Das Vermächtnis Genschers gebe der FDP auch in Zukunft eine klare Leitschnur, so Lindner. Genscher wird in Zukunft damit gedacht, dass das Gebäude, in dem die Bundesgeschäftsstelle sitzt, nun Hans-Dietrich-Genscher-Haus heißt. ■



ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF
Stellvertretender Vorsitzender der FDP NRW

Alexander Graf Lambsdorff wurde für sein Engagement bei Wahlbeobachtungs-Missionen der Europäischen Union mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP NRW und Vizepräsident des EU-Parlaments nimmt seit 2006 an den Missionen der EU teil. Diese führten ihn nach Bangladesch, Kenia, Guinea und zuletzt Myanmar. Seine Motivation: Demokratische Prozesse in diesen Ländern zu stärken und damit einen Beitrag zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu leisten. ■



DR. MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN
Stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokraten

Die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist verärgert darüber, dass die Große Koalition sich weigert, die beschlossenen Haushaltsentlastungen für Kommunen von 2018 auf 2017 vorzuziehen. Dies sei „angesichts sprudelnder Steuereinnahmen schlicht unverschämte“. Aufgrund der immer größeren finanziellen Belastungen, die den Kommunen auch durch den Bund aufgebürdet werden, muss die Entlastung der kommunalen Haushalte sofort erfolgen. Sie fordert von Union und SPD, sich unverzüglich um eine Reform der Gemeindefinanzen zu kümmern. ■

Vor knapp zehn Jahren schlossen Sie sich sowohl den Jungen Liberalen als auch den Freien Demokraten an. Was hat Sie dazu bewogen?

Ich hatte damals das Gefühl, dass die Politik zu wenig an die Zukunft denkt. Generationengerechtigkeit und die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme spielten aus meiner Sicht eine zu geringe Rolle. Gleichzeitig wollte ich eine Politik, die den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt.

Warum sollten junge Menschen heute Ihrem Beispiel folgen und sich für die Freiheit engagieren?

Die Wahl von Donald Trump und die Brexit-Entscheidung haben gezeigt, dass junge Menschen sich zu wenig eingebracht haben. Wären mehr junge Menschen zur Wahl gegangen, hätten die Ergebnisse anders ausgesehen. Das motiviert im Moment die junge Generation wieder, aktiv in Parteien mitzumachen. So erleben wir JuLis gerade einen kleinen Neumitgliederansturm.

Sie kandidieren für den Landtag. Welche drei politischen Ziele liegen Ihnen für NRW besonders am Herzen?

Besonders am Herzen liegt mir die Bildungspolitik und dies gerade in Verbindung mit den Chancen der Digitalisierung. Als drittes steht für mich das Ziel einer modernen Verwaltung.

Was unternehmen die Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen im anstehenden Wahlkampf?

Mit einer gemeinsamen Bustour von FDP und JuLis durch Nordrhein-Westfalen unterstützen wir die Kreisverbände vor Ort. Für den Wahlkampfendspurt erwarten wir über hundert JuLis aus dem ganzen Bundesgebiet zur Schlussmobilisierung. Außerdem haben wir natürlich ein Auge auf den digitalen Wahlkampf. Wir JuLis sind auf Facebook, Twitter, Instagram und Snapchat präsent und schalten zugleich Werbung auf Google, um viele junge Menschen zu erreichen.

Haben Sie ein Lebensmotto? Wenn ja, welches?

Gib jedem Tag die Chance, der schönste deines Lebens zu werden.

Was darf für einen gelungenen Start in den Tag auf keinen Fall fehlen?

Ein Kaffee und die Zeitung.

Mit welcher Persönlichkeit würden Sie sich gerne Mal treffen?

Justin Trudeau.

Es ist Samstagabend. Kino, Kneipe oder Club?

Kneipe.

Was machen Sie am 14. Mai 2017 um 18 Uhr?

Mich über ein starkes Ergebnis der FDP freuen.



Moritz Körner wurde 1990 in Wiesbaden geboren. Nach dem Abitur in Langenfeld studierte er an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Es schloss sich ein Masterstudium an der NRW School of Governance in Duisburg an, welches er 2017 erfolgreich abschloss. Bei den Jungen Liberalen engagierte er sich als Kreisvorsitzender in Mettmann und war Beisitzer und stellvertretender Vorsitzender im Vorstand des Landesverbandes. Seit April 2013 ist er Landesvorsitzender der JuLis NRW. Er ist stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP Mettmann und Mitglied des Landesvorstandes der FDP NRW. Bei der Landtagswahl 2017 kandidierte er im Wahlkreis Mettmann 1 und als Spitzenkandidat der Jungen Liberalen NRW auf Platz 16 der FDP-Landesliste.

 moritz-koerner.de

 facebook.com/moritzkoernerfdp

 twitter.com/moritzkoerner

 youtube.com/JuLisMettmann

Impressum: Herausgeber: FDP-Landesverband und FDP-Landtagsfraktion | Redaktion: verantwortlich für Inhalt und Seiten der Landesverbandes Moritz Kracht. Anschrift der Redaktion: FDP-NRW, Wolfgang-Döring-Haus, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, info@fdp-nrw.de, FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, fdp-fraktion@landtag.nrw.de
 Verlag: Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH (LWD) | Konzept und Beratung: Helmut Vandenberg | Layout und Satz: Sebastian Simonis | Gesamttherstellung: Üniversum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin liberal.nrw | Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen erscheint viermal im Jahr.